

Wengst, Udo: *Theodor Eschenburg. Biographie einer politischen Leitfigur 1904–1999*. Berlin: de Gruyter Oldenbourg 2015. ISBN: 978-3-11-040289-6; VI, 279 S.

**Rezensiert von:** Rainer Eisfeld, Fachbereich Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück

Hans Rothfels (Jahrgang 1891), Theodor Eschenburg (Jahrgang 1904), Werner Conze (Jahrgang 1910), sämtlich in bildungsbürgerliche Familien hineingeboren, teilten als Generationserfahrung die Auflösung jener Weimarer Demokratie, zu der sie selbst in etatistisch geprägter Distanz standen, sowie das Arrangement mit dem NS-Regime (oder doch, im Fall von Rothfels, die Bereitschaft dazu). Nach 1945 hatten alle drei Teil an der Geschichtsdarstellung des Instituts für Zeitgeschichte. Inzwischen sind ihre Biografien selbst Forschungsgegenstand. Um solche Lebensbeschreibungen für die Historiographie „fruchtbar zu machen“, gelte es, so Ulrich Herbert schon 1996, die Bedeutung „generationaler Erfahrungen“ zu berücksichtigen, die sich als „langfristig prägend“ erweisen könnten. Versucht werden müsse, „den Vorzug des Biographisch-Individuellen [...] mit generalisierbaren Fragestellungen zu verknüpfen“.<sup>1</sup>

Bei seiner Rothfels-Biografie von 2005 schlug Jan Eckel einen derartigen Weg der Vermittlung von „individueller und struktureller Perspektive“ ein: Er verortete den Historiker in einer Auswahl zeitgeschichtlicher „Kontexte“, die er als „Bedingungsfaktoren“ wissenschaftlicher Produktion deutete. Dabei richtete er den Blick sowohl auf phasenübergreifende, kontinuierlich tragende Denkschemata bei Rothfels wie auf methodisch-thematische „Umschreibungen“ und „Reinterpretationen“.<sup>2</sup> Ähnlich verfahren Thomas Etzemüller und Jan Eike Dunkhase 2001 bzw. 2010 in ihren Werken über Werner Conze. Etzemüller konzentrierte sich auf den „Denkstil“ Conzes im Sinne der Muster seiner jeweils „aktuelle[n] Deutung der Welt“ („Weltwahrnehmung und -strukturierung“); entsprechende Aufmerksamkeit widmete er dieser Welt als „Umfeld“.<sup>3</sup> Dunkhas Analyse von Conzes Werdegang „vor dem Hintergrund des politischen und wissenschaftlichen Kontextes“ mündete in das Resultat eines

ausgeprägten „apologetischen Einschlag[s]“ bei dessen Umgang mit Vorgeschichte und Geschichte des „Dritten Reichs“ – einschließlich eines „Ausweichens vor dem Holocaust“, der in Conzes Werk eine „Marginalie“, wenn nicht eine „Leerstelle“ geblieben sei.<sup>4</sup>

Als konstante Orientierung bei Rothfels diagnostizierte Eckel ein „Ordnungs- und Stabilisierungsdenken“, motiviert „durch die Vorstellung von der Bedrohung der äußeren Existenz und der Gefahr der inneren Desintegration des Staates“. Kaum anders Etzemüllers Beobachtung im Fall Conze: Dessen Hauptsorge habe der Sicherung der „Ordnung im Innern“ gegolten, folglich einer möglichen „Schwäche des Staates“. Daraus resultierte bei beiden ein „Moment der Skepsis“ gegenüber der „Konzeption einer pluralistischen Demokratie“ (Rothfels), gegenüber Parteienpluralismus und „Absolutismus“ des Parlaments (Conze).<sup>5</sup>

Die Orientierung an methodischen Zugriffen, wie sie die Studien über Rothfels und Conze geprägt haben, wäre auch Wengsts Buch zugute gekommen. Hätte er sich davon anregen lassen zum Aufsuchen langfristiger Interpretationsschemata seines Protagonisten, danach zu einem vergleichenden Blick auf jene Deutungsmuster, die für Rothfels und Conze ermittelt wurden – er wäre womöglich auf signifikante Ähnlichkeiten gestoßen, die zusätzliche Aufschlüsse geliefert hätten über Denken und Handeln dieser Generation „öffentlicher Intellektueller“. Dazu hätte Wengst mehr Distanz gegenüber seinem Untersuchungsobjekt wahren müssen. Doch er beschreitet, um eine Formulierung aus anderem Zusammenhang zu entleihen, den Weg

<sup>1</sup> Ulrich Herbert, *Best. Biografische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989*, Bonn 1996, S. 19.

<sup>2</sup> Vgl. Jan Eckel, *Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2005, S. 18, S. 22f., S. 237, S. 387.

<sup>3</sup> Thomas Etzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001, S. 269f.; Eckel, Rothfels, S. 387 (bes. Anm. 2).

<sup>4</sup> Jan Eike Dunkhase, *Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 10, S. 234f., S. 254ff.

<sup>5</sup> Vgl. Eckel, Rothfels, S. 354, S. 387; Etzemüller, *Sozialgeschichte*, S. 278, S. 290, S. 292; Dunkhase, Conze, S. 221.

einer „affirmativen“ Darstellung mit „kritischen Konzessionen“.<sup>6</sup> Und Wengst hätte gegen eine herkömmliche chronologische Lebenserzählung zugunsten eines intellektuellen Porträts optieren müssen. Aber er wählt die konventionelle Alternative, ein „Lebensschicksal“ (S. 1) zu schildern, von Eschenburgs Kindheit und Jugend in Lübeck über dessen Studium in Tübingen und Berlin sowie politische und berufliche Stationen vor und nach 1945 (Industriegeschäftsführer; Mitglied der Landesregierung von Württemberg-Hohenzollern; Ordinarius für Politikwissenschaft in Tübingen) bis zu dem von Krankheit und dem Scheitern seiner zweiten Ehe (nach dem Tod seiner ersten Frau) überschatteten Lebensabend. Die „Interpretationsstränge“, die Wengst am Ende anbietet, um Eschenburgs Leben „in die Zeitströmungen [...] einzuordnen“ (S. 253), fallen entsprechend wenig generalisierbar aus. Lediglich Eschenburgs Anpassung an die „Vorgaben der NS-Politik“ zur Absicherung eines Lebens „von großbürgerlichem Zuschnitt“ stuft Wengst als „gleichsam paradigmatisch“ ein, ähnlich wie dessen öffentlichen Nicht-Umgang damit nach 1945 (S. 254).

„Konservativer Demokrat“ mit „Zeichen von Liberalität“, so Wengst, sei Eschenburg „schon ab Mitte der 1920er Jahre“ gewesen. Weil er „ohne jegliche Abstriche zu denjenigen“ zählte, „die im Dritten Reich im Wohlstand lebten“, verstehe sich zwar „von selbst, dass dies nicht ohne Auswirkungen auf seine Haltung gegenüber dem System geblieben“ sei. Sein Nichtbeitritt zur NSDAP „dokumentier[e]“ jedoch seine „politische Distanz zum [NS-]Regime“ (S. 98, S. 254, S. 259). Derartige Einstufungen fielen überzeugender aus, würde Wengst sich mit Brüchen und Unstimmigkeiten in dem Bild auseinandersetzen, statt manches zu übergehen und anderes herunterzuspielen.

Erstes Beispiel (1924/25): Als Vorsitzender des Hochschulrings deutscher Art (HdA) organisierte Eschenburg im Wintersemester 1924/25 „zur militärischen Ausbildung“ ein Kleinkaliberschießen, an dem alle Verbindungen teilnahmen. Davon ist bei Wengst keine Rede. Dass der Tübinger HdA einem aggressiv-völkischen Nationalismus anhing, nennt Wengst eine „These“ der Historikerin

Sonja Levsen. Eschenburg habe demgegenüber in seinen Memoiren „festgestellt“, statt völkisch geprägt zu sein, habe der HdA „vielmehr“ der DNVP nahegestanden (S. 29). Als Gegensatz trifft das nicht zu, war die DNVP doch selbst zu einem erheblichen Teil völkisch ausgerichtet. Überdies suggeriert das Wort „feststellen“ einen höheren Wahrheitsgehalt, obgleich Eschenburg nur wenige Buchseiten weiter eine verharmlosende, frei erfundene Version – bei Wengst gleichfalls unerwähnt – jenes Plakats präsentierte, das er im Sommersemester 1925 bei einer Hetzkampagne gegen den deutsch-jüdischen Heidelberger Privatdozenten Emil Julius Gumbel verantwortet hatte: Der engagierte Justizkritiker und Pazifist Gumbel sollte daran gehindert werden, in Tübingen zu reden, nicht etwa die Studentenschaft zum Boykott seines geplanten Vortrags aufgerufen werden, wie Eschenburg später behauptete.<sup>7</sup> An die Sprengung der Veranstaltung schlossen sich gewalttätige Auseinandersetzungen an (die „Lustnauer Schlacht“ in einem Tübinger Vorort, mit einem Dutzend Verletzten).

Zweites Beispiel (1929/30): Kurz vor Erscheinen der Biografie hat Anne Rohstock (Tübingen) eine Auswertung der archivierten Korrespondenz Eschenburgs mit Paul Binder vorgelegt<sup>8</sup>, auf die sich auch Wengst

<sup>6</sup> Eckel, Rothfels, S. 374 (über Rothfels' Nationalgeschichte sschreibung). So vermerkt Wengst (S. 131f.), dass Eschenburg 1945/46 bei drei Gelegenheiten in Frage- bzw. Meldebögen hinsichtlich seiner SS-Mitgliedschaft log und sich damit strafbar machte.

<sup>7</sup> Man vergleiche Ralph Lange, Von der „Affäre Gumbel“ zum „Fall Wilbrandt“: Die „Lustnauer Schlacht“. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Universität Tübingen, in: Johannes Michael Wischnath (Hrsg.), Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte, Folge 9, Tübingen 1999, S. 29–54, hier S. 33, S. 36ff., mit Eschenburgs „unverkennbar [...] apologetisch getönt[er]“ Darstellung (Lange, S. 33f., Anm. 30) in: Theodor Eschenburg, Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten 1904–1933, Berlin 1995, S. 175f.

<sup>8</sup> Anne Rohstock, Eschenburg: Vom Anti-Parlamentarier zum „kalten Arisierer“ jüdischer Unternehmen in Europa, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), S. 33–58, hier S. 41, S. 45–49. Paul Binder (1902–1981) war 1937–1941 Leiter der Zentralstelle „für Akquisition und Abwicklung von ‚Arisierungen‘“ bei der Dresdner Bank, anschließend Wirtschaftsprüfer in den besetzten Ostgebieten, 1945–1947 Finanz-Staatssekretär in Württemberg-Hohenzollern unter Carlo Schmid, ab 1946 CDU-Mitglied und 1948/49 Abgeordneter des Parlamentarischen Rats.

bei seiner Darstellung politischer Aktivitäten Eschenburgs nach Stresemanns Tod stützt. Binder und Eschenburg strebten eine Umgestaltung des Weimarer Parteienfeldes an. Rohstock zitiert aus einer Programmschrift „Die neue Partei“ vom 8. Oktober 1929, an die Stelle von DDP, DVP und DNVP gelte es, eine einzige nationale Partei zu setzen, die „den Staatswillen verkörper[e]“. Demgegenüber sei die Staatsform „bedeutungslos“. Rohstock schließt daraus, beide hätten „die Republik nicht umstürzen, aber eben doch transformieren“ wollen.<sup>9</sup> Wengst schreibt lediglich, „Eschenburg und Binder“ hätten sich „mit einer eigenen ‚Aktion‘“ an den Ansätzen zur Gründung einer neuen Partei beteiligt. Von der Programmschrift ist bei ihm keine Rede. Eschenburg habe „Politik im Rahmen des durch die Weimarer Verfassung vorgezeichneten Systems zu betreiben versuch[t]“ (S. 77f.).

Drittes Beispiel (1938–1941): Zwei ebenfalls von Rohstock entdeckte, an die Reichsstelle für den Außenhandel gerichtete Schreiben von 1941 belegen<sup>10</sup>, dass Eschenburg als Industriefunktionär einen jüdischen Deutschen weiter drangsalierete, dessen Berliner Unternehmen bereits „arisiert“ worden und der vor dem rassistischen NS-Regime nach Dänemark geflüchtet war. Statt es bei einer Auskunft der Reichsstelle zu belassen, drängte Eschenburg auf erneute Nachprüfung, ob es sich bei dessen Betrieb im nunmehr besetzten Kopenhagen nicht doch um eine jüdische Firma handle, und kündigte für diesen Fall an, die Belieferung mit Rohstoffen zu sperren. Diese Dokumente kennt Wengst noch nicht. Bereits im „Arisierungs“-Fall Wilhelm Fischbein (1938/39) aber verzichtet er auf jede Auseinandersetzung mit Passagen eines Briefs vom 8. November 1938 (obwohl er sie auf S. 110f. zitiert), in denen Eschenburg den Fabrikanten beim Reichswirtschaftsministerium anschwärzte: Ohne Not wiederholte Eschenburg schriftlich die „vorsorglich“ geäußerte „Vermutung“, Fischbein könnte „unter Benutzung deutscher Devisen im Auslande Fabriken“ eingerichtet haben – was einen Verstoß gegen das Wirtschaftssabotagegesetz von 1936 bedeutet hätte. Eschenburgs Beteiligung am Fall Fischbein stuft Wengst (S. 115) als „marginal“ ein. Diese Bewertung ist ebenso

strittig – nicht nur zwischen Wengst und mir – wie Wengsts gesamte Interpretation der Akten.<sup>11</sup> Denkwürdig bleibt sein Befund (S. 116), da man Eschenburg bei den Interviews für seine Memoiren „nicht nach der ‚Arisierung‘ gefragt“ habe, sei er „hierauf auch nicht zu sprechen gekommen“.

Viertes Beispiel (1951ff.): Verstreut über die letzten Kapitel des Buchs finden sich Zitate, die Eschenburgs anhaltende Fixierung auf den starken Staat belegen – weil „das Volk [...] sich danach seh[n]e, regiert zu werden“ [1951] (S. 161); weil, sofern „die Aufgaben“ nur „groß“ genug seien, sich „die Regierung [!] keine große Opposition leisten“ könne [1994] (S. 240). Diesen aus der deutschen Geschichte fatal vertrauten Etatismus (ihn interessiere „das Problem der Staatsautorität“ – Eschenburg 1951, zit. auf S. 161) handelt Wengst durchweg unter dem Rubrum der Konzentration Eschenburgs auf die Bedeutung von Institutionen „für eine stabile demokratische Ordnung“ ab (S. 256).

Das enthebt ihn der Prüfung, wie weit die Demokratie bei Eschenburg lebenslang zurücktrat hinter den „Staat“; wie weit Staat und Regierung in dessen Sicht das „Eigentliche“, die Staatsform das Sekundäre bildeten. Kommt, so ließe sich weiter fragen, in Eschenburgs Fixierung auf Staatsautorität und Führung jenes selbe fundamentale Bedürfnis nach „Ordnung“ und „Stabilität“ zum Ausdruck, das bei Rothfels und Conze zu Tage trat? Muss dieses Moment bei allen drei Protagonisten zur Erklärung ihrer Kollaborationsbereitschaft mit dem NS-Regime herangezogen werden? Bestätigt Eschenburgs Verhalten

<sup>9</sup> Rohstock, Eschenburg, S. 47f.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 55f.

<sup>11</sup> Vgl. Hans Woller / Jürgen Zarusky, Der „Fall Theodor Eschenburg“ und das Institut für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 551–565. Meine eigene Position habe ich zuletzt dargelegt in: Theodor Eschenburg und der Raub jüdischer Vermögen 1938/39, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 602–626 (dort zugleich Hinweise auf einige meiner vorangegangenen Aufsätze). Vgl. ferner die Dokumentation der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft unter <<http://www.dvpw.de/eschenburg-debatte.html>> (13.05.2015), sowie demnächst meine kommentierte Darstellung der Eschenburg-Kontroverse in: Rainer Eisfeld (Hrsg.), Mitgemacht. Theodor Eschenburgs Beteiligung an „Arisierungen“ im Nationalsozialismus, Wiesbaden 2015 (im Druck).

---

als Verbandsfunktionär im „Dritten Reich“ – ungeachtet offenbar fortbestehender Beziehungen zu jüdischen Familien – außerdem die These, wonach der bei weitem größte Teil der Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden von „ganz normalen Deutschen“ als Mitgliedern „ganz normaler Organisationen“ durchgeführt wurde? Mit anderen Worten: Waren antisemitisch motivierte Aktivitäten aus eigenem Antrieb keineswegs primär ausschlaggebend, ohne dass das Handeln in Organisationsrollen deshalb als Entlastungsgrund angeführt werden könnte?<sup>12</sup>

Doch solche Fragen stellt Wengst sich nicht. Fazit: Mit Ausnahme der Kapitel über Eschenburgs Jugend und Lebensabend sowie über seine Rolle beim Zustandekommen des Südweststaats 1948–1951 bleibt eine methodisch zeitgemäße und inhaltlich abgewogene Eschenburg-Biografie noch zu schreiben.

HistLit 2015-2-145 / Rainer Eisfeld über Wengst, Udo: *Theodor Eschenburg. Biographie einer politischen Leitfigur 1904–1999*. Berlin 2015, in: H-Soz-Kult 05.06.2015.

---

<sup>12</sup>Vgl. Stefan Kühl, *Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust*, Berlin 2014, passim. Dagegen Wengst, S. 115, mit exkulpierender Tendenz: Eschenburg „hatte [...] die Geschäftsinteressen der Betriebe in den von ihm betreuten Kartellen zu berücksichtigen [...]“. Antisemitische Einstellungen spielten überhaupt keine Rolle.“ Die Beraubung jüdischer Deutscher wurde vorangetrieben durch Beamte der Finanzbehörden, Beschäftigte bei Industrie- und Handelskammern, bei Lebensversicherungsgesellschaften, selbst von Mitarbeitern evangelischer Landeskirchen. Vgl. Christiane Fritsche, *Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arierisierung und Wiedergutmachung in Mannheim, Ubstadt-Weiher 2013*, S. 336–342.